

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Peter Hettlich, Winfried Hermann,
Dr. Anton Hofreiter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/1022 –**

Vorratsplanung von Bundesfernstraßen und Klagegründe (Nachfrage zu Bundestagsdrucksache 16/723)

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Vorratsplanung von Bundesfernstraßen und Klagegründe“ auf Bundestagsdrucksache 16/723 geht nicht auf alle gestellten Fragen ein. Der Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz (Bundestagsdrucksache 15/2311), auf den die Antwort auf die Fragen 3 bis 6 verweist, gibt keinen umfassenden Überblick über die Klageverfahren gegen das jeweilige Baurecht von Fernstraßenprojekten seit 1990. Es besteht daher Anlass zur Nachfrage.

1. Wie viele geplante Fernstraßenprojekte des Bundes – aufgeschlüsselt nach Bundesländern – wurden seit 1990 beklagt?
2. Wie hoch war im gleichen Zeitraum die Anzahl der nicht beklagten Vorhaben im jeweiligen Bundesland?
3. Wie schlüsseln sich die Klagegruppen nach privat Betroffenen, Naturschutzverbänden, Gebietskörperschaften und Behörden auf?
4. Wie viele der beklagten Fernstraßenprojekte des Bundes wurden seit 1990 in mehr als einer Instanz behandelt?
5. Für wie viele Fernstraßenprojekte des Bundes – aufgeschlüsselt nach Bundesländern – wurde seit 1990 das Baurecht auf dem Gerichtsweg aufgehoben?

Die Fragen 1 bis 5 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Bereits der Antwort der Bundesregierung zu der Kleinen Anfrage (Bundestagsdrucksache 16/723) war zu entnehmen, dass der Bundesregierung das erbetene Datenmaterial nicht vorliegt. Derartig detaillierte Statistiken liegen auch in den Ländern nicht vor.

